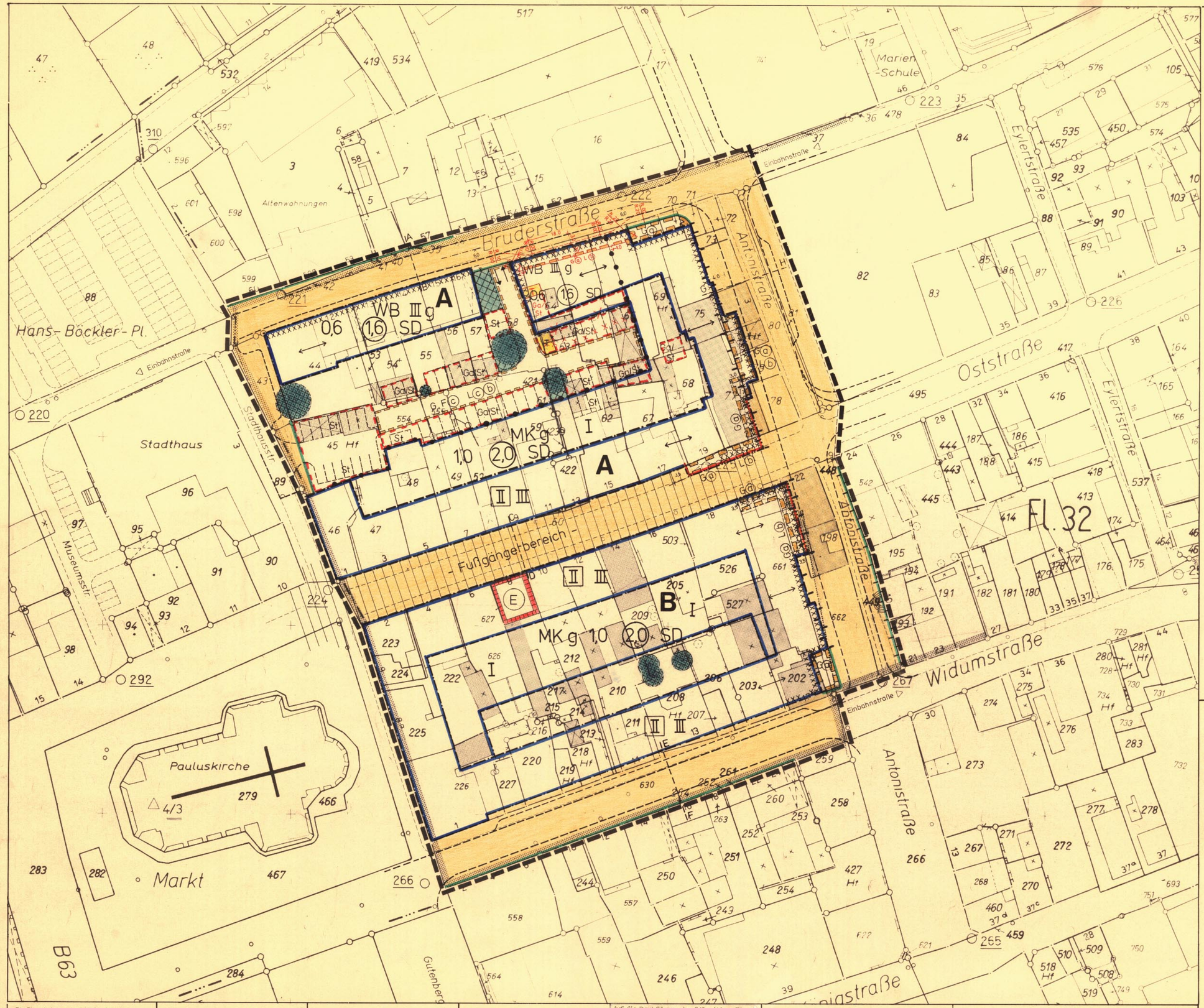

ZEICHENERKLÄRUNG

Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 (1) bis (3) und (7) BBauG

Art der baulichen Nutzung

- WS Kleinsiedlungsgebiet § 2 BauNVO
- WR Reines Wohngebiet § 3 BauNVO
- WA Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO
- WB Besonderes Wohngebiet § 4a BauNVO
- MD Dorfgebiet § 5 BauNVO
- MI Mischgebiet § 6 BauNVO
- MK Kerngebiet § 7 BauNVO
- GE Gewerbegebiet § 8 BauNVO
- GI Industriegebiet § 9 BauNVO
- SO Sondergebiet § 10 BauNVO
- SO Sondergebiet § 11 BauNVO

Maß der baulichen Nutzung
Die Zahlenwerte sind Beispiele

- II Höchstgrenze
- (II) zwingend — Zahl der Vollgeschosse § 17 BauNVO
- [II] Mindestgrenze
- 0,4 Grundflächenzahl § 19 BauNVO
- 0,8 Geschoßflächenzahl § 20 BauNVO
- 3,0 Baumassenzahl § 21 BauNVO

Bauweise, Baulinie und Baugrenze

- o offene Bauweise
- nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- nur Hausgruppen zulässig
- nur Einzelhäuser zulässig
- nur Doppelhäuser zulässig
- g geschlossene Bauweise
- a abweichende Bauweise, wie
- GH Gartenhofhäuser § 17 (2) BauNVO

Baulinie § 23 BauNVO
Baugrenze § 23 BauNVO
überbaubare Grundstücksfläche

Öffentliche Verkehrsfläche § 9 (1) 11 BBauG
Öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung Fußgängerbereich § 9 (1) 11 BBauG
Straßenbegrenzungslinie
Zufahrtsverbot
Ausfahrtsverbot
Zu- und Ausfahrtsverbot
Fläche für Versorgungsanlagen oder für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen sowie Ablagerungen § 9 (1) 12 und 14 BBauG
M Müllonnenstandplatz
T Trafostation
G Gasdruckreglerstation
Öffentliche Grünfläche § 9 (1) 15 BBauG (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
Private Grünfläche § 9 (1) 15 BBauG
Fläche für den Gemeinbedarf § 9 (1) 5 BBauG Zweckbestimmung siehe Einschrieb

Von der Bebauung freizuhaltende Schutzflächen und ihre Nutzung, z.B. immissionsschutztechnisch textliche Festsetzung § 9 (1) 24 BBauG
Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern § 9 (1) 25 a BBauG
Bindung für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern § 9 (1) 25 b BBauG
Fläche für die Landwirtschaft § 9 (1) 18 BBauG
Fläche für die Forstwirtschaft § 9 (1) 18 BBauG
Fläche für Stellplätze oder Garagen § 9 (1) 4 BBauG St Stellplatz Ge Garage TGa Tiefgarage überdeckt und begrünt
Fläche für Gemeinschaftsstellplätze und garagen § 9 (1) 22 BBauG GSt Gemeinschaftsstellplätze GGa Gemeinschaftsgaragen TGGa TiefGGs überdeckt und begrünt TGGa + St TiefGGs + Stellplatzpflaste UGGa Unterflurgemeinschaftsgaragen
Aus- und Einfahrten der Stellplätze und Garagen § 9 (1) 4 BBauG
Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche § 9 (1) 21 BBauG Begünstigte siehe Hinweis
Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung § 9 (1) 10 BBauG
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung § 16 (5) BauNVO
Grenze des Geltungsbereiches § 9 (7) BBauG

Kennzeichnung

Bei der Bebauung der so gekennzeichneten Flächen sind besondere bauliche Vorkehrungen zur Lärmabwehr zu treffen § 9 (5) BBauG
Unter den im Geltungsbereich liegenden Flächen geht der Bergbau um
D Umgrenzung der Gebiete oder Anlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen
Umgrenzung des Sanierungsgebietes § 10 (1) StBauFG
E Gebäude oder sonstige bauliche Anlagen, die wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Bedeutung erhalten werden sollen § 10 (1) StBauFG
Gebäude und sonstige bauliche Anlagen die beseitigt werden müssen § 10 (1 und 2) StBauFG

Nachrichtliche Darstellungen gemäß § 9 (6) BBauG

Landschaftsschutzgebiet

Sonstige Darstellungen (keine Festsetzungen)

Aufteilung des Straßenquerschnitts
V Verkehrsgrün

Gestaltungssatzung gemäß § 103 (1) BauO NW

FD Flachdach
SD Satteldach. Für eingeschossige Anbauten und Garagen können Flachdächer zugelassen werden.
30° Dachneigung
Firstrichtung

Stadt Hamm
Gemarkung Hamm
Flur 32
Maßstab 1 : 500

Bebauungsplan Nr. 01.003

Antonistraße

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 19. 1. 1965. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.
Hamm, den 3.1.1983
Kfm. Stadt. Vermessungsdirektor

Dieser Bebauungsplan besteht aus einem Blatt Zeichnung
Hamm, den 3.1.1983
Der Oberstadtdirektor
i. A.
Stadt. Baudirektor

Dieser Bebauungsplan und die Begründung haben gemäß § 2a (6) BBauG in der Zeit vom 28. Februar bis einschließlich 28. März 1983 öffentlich ausgelegen.
Hamm, den 05.04.1983
Der Oberstadtdirektor
i. A.
Stadt. Baudirektor

Gemäß § 11 BBauG und § 103 (1) BauO NW ist dieser Bebauungsplan mit Verfügung vom 21.8.1984 Az. 35.2.1-24-83 genehmigt worden.
Arnsberg, den
Der Regierungspräsident
i. A.

Auf die Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 2 a (2) BBauG wurde auf Beschluß des Rates der Stadt Hamm am 16.06.1979 verzichtet, weil die am 6. Juli 1976 gemäß § 9 (1) BBauG durchgeführte Erörterung mit den Beteiligten des Sanierungsgebietes III. Abschnitt sowie mit an der Entwicklung der Stadt Hamm interessierten Bürgern als Ersatz für die frühzeitige Bürgerbeteiligung anzusehen ist.
Hamm, den 25.02.1983
Der Oberstadtdirektor
i. A.

Für den Entwurf:
Hamm, den 3.1.1983
Stadtbaurat
Stadt. Baudirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat die Aufstellung am 12.4.1972 und die gem. § 2a (6) BBauG erforderliche öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung am 26.1.1983 beschlossen.
Hamm, den 2.2.1983
Der Oberstadtdirektor
i. A.
Stadt. Baudirektor

Der Rat der Stadt Hamm hat gemäß § 10 BBauG die planungsrechtlichen Festsetzungen dieses Bebauungsplanes und gemäß § 103 (1) BauO NW die Gestaltungsvorschriften einschließlich der in roter Farbe eingetragenen Änderungen am 30. Sept. 1983 als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.
Hamm, den 20.10.1983
Der Oberstadtdirektor
i. A.
Stadt. Baudirektor

Die Genehmigung und Auslegung dieses Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BBauG am 13.10.1984 ortsüblich bekanntgemacht worden.
Hamm, den 25.10.1984
Der Oberstadtdirektor
i. A.
Stadt Baudirektor

Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte am 25.4.1972
Die Bekanntmachung des Offenlegungsbeschlusses erfolgte am 18.2.1983
Hamm, den 25.2.1983
Der Oberstadtdirektor
i. A.

Festsetzungen in Textform

1. Der Sichtwinkelbereich ist von Sichthindernissen über 0,60 m Höhe bezogen auf Bürgersteighöhe freizuhalten. (——— = Sichtlinie)
2. Der Abstand der Garagen zur öffentlichen Verkehrsfläche muß mindestens 5,00 m betragen, wenn die Garagenöffnungen der öffentlichen Verkehrsfläche zugewandt sind. § 12 (6) BauNVO
3. Die Flächen von Stellplätzen und Garagen in Vollgeschossen bleiben gemäß § 21 a (4) 3 BauNVO ausnahmsweise bei der Ermittlung der Geschoßfläche unberücksichtigt.
4. Gemäß § 7 (2) 7 BauNVO sind im MK-Gebiet Wohnungen nur oberhalb des 1. Vollgeschosses zulässig.
5. Gemäß § 1 (6) 1 BauNVO werden die nach § 7 (3) BauNVO zulässigen Ausnahmen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

Hinweis
Begünstigte der mit Geh-, (6) und Leitungsrechten (L) zu belastenden Flächen sind:
(a) die Allgemeinheit
(b) die Versorgungsträger
(c) die Anlieger

Schnitt A – B M. 1 : 200
Gehweg 2.0 | Fahrbahn 6.0 | Gehweg 2.0 = 10.0
Brüderstraße, vorhanden

Schnitt C – D M. 1 : 200
Fußgängerbereich 12.5
Oststraße

Schnitt E – F M. 1 : 200
Gehweg 2.5 | Parkstr. 2.5 | Fahrbahn 7.0 | Gehweg 2.5 = 14.5
Widumstraße, teilw. vorhanden

Schnitt G – H M. 1 : 200
Gehweg 5.5 | Fahrbahn 10.5 = 22.0 | Parkstr. 2.0 | Gehweg ~4.0
Antonistraße, teilw. vorhanden

Rechtsgrundlagen:

§§ 4 und 28 (1) g der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV NW 1979 S. 594/SGV NW 2023) – in der gegenwärtig geltenden Fassung –

§§ 2, 8, 9, u. 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) – in der gegenwärtig geltenden Fassung – in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO –) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 1977 (BGBl. I S. 1763)

§ 103 (1) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 1970 (GV NW S. 96/SGV NW 232) in Verbindung mit § 4 der Ersten Verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Durchführung des Bundebaugesetzes vom 29. November 1960 (GV NW S. 433/SGV NW 231) – jeweils in der gegenwärtig geltenden Fassung –

Planzeichenverordnung vom 19. Januar 1965 (BGBl. I S. 21)

Diese Satzung der Stadt Hamm vom 8. Oktober 1984 ist am Tage nach der ortüblichen Bekanntmachung der Genehmigung des Regierungspräsidenten in Arnsberg in Kraft getreten am 14. Oktober 1984